

Bezugspreis
Für Halle wöchentlich 2,50 M., durch
den Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmalig 1 M., ohne Beförderungs-
gebühren werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Nummer 5382 des amtlichen
Zeitung-Verzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich
J. v. Albert Berlin in Halle.
[Bismarck-Verbindung mit Berlin und Leipzig.]
Verlags-Dr. 170.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalkthal.)

Hundertundsechzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spalte über deren Raum
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von unten Anzeigensstellen und alle
Annoncen-Expositionen angenommen.
Bestellen die Seite 60 Pfg.
Er erscheint täglich mit Ausnahme der
Tage nach den Feiertagen.
[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist
nicht gestattet.]

№r. 78. Halle a. d. Saale, Sonnabend den 4. April 1891.

Bestellungen
auf die Saale-Zeitung für das laufende Viertel-
jahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von
der unterzeichneten Expedition und den bekannten An-
gabestellen, manngelöst angenommen. Die Expedition.

Oesterreichische Parteiverhältnisse.
Die vielgeprüften Deutschen des österreichischen Kaiserstaates
sahen sich infolge des Zerfalls der alten Regierungsmehrheit
vor eine neue Probe gestellt; bisher haben sie dieselbe rühm-
lich bestanden, was um so höher anzuschlagen ist, als sie,
womöglich ihrer Mehrheit nach eine große Enttäuschung er-
leiden haben.

Wenn Graf Taaffe nicht mit Mühseligkeit gelang, so
mühte er erkennen, daß der Ausgleichsvertrag zur letzten
Anlauf zu der übermächtigen jungösterreichischen Bewegung
und damit zum Siege der scheinbar unerschütterlichen gewesen ist,
daß aber das Jungösterreichum selbst nur eine Frucht der Un-
günstigkeit des österreichischen öffentlichen Lebens ist, welche
zum „System Taaffe“ gehörte, und daß damit eben
dieses System gerichtet und verworfen ist. Aber der grundsätz-
liche Staatsmann verstand auch jetzt noch die bisherige Schan-
de und Schmachpolitik durchzuführen, nur daß dabei die Deutschen
bei derselben besser als früher fortkommen sollen. „Sie können
von mir nicht verlangen, daß ich meine politische Vergangenheit
verleugere.“ Dies Wort des Unbelebten müßte ent-
scheidend und entmutigend auf alle Deutschen wirken, welche
bisher noch von dem Träger des dauerhaftesten kaiserlichen
Vertrauens erwarteten, er werde aus der Lage, welche er selbst
verschuldet, die richtige Lehre zu ziehen wissen. Diese Lehre
konnte nur lauten: Bruch mit den Heubälen und Merkmalen;
Herausstellung einer Majorität aus den Deutschösterreichern, Deutsch-
nationalen, den Polen und endlich den „Durchschnitts-
österreich“ österreichisch-taaffeischer Färbung, die ja immerhin
müßigen.

Die neue Situation, welche unter Mitwirkung und Mit-
schuß des Führers und Vertrauensmannes der Polen, Zaworski,
entstanden ist, läßt sich nicht bezweifeln. Graf Taaffe hat
seinem Klub der Feudalkontraktion herum eine „konservativ-
autonomistische Partei“ zusammenzubringen gewußt, welche die
Stärke von 80 Mitgliedern bereits überschritten haben dürfte.
Die Polen wollen eine Stellung zwischen dieser Partei und
der zahlreichsten aller Parteien, der deutschen, einnehmen, um
zwischen diesen beiden Parteien gleichsam den Schiedsrichter zu
spielen und neue Vorteile für das Kronland Galizien ein-
zuheimen, welches das Reich schon lange als „melkende Kuh“
angesehen hat. Dabei wollen sie sich auch mit dem in der
Opposition gebängten Reste der deutschösterreichlichen Parteien
möglichst gut stellen, damit sich unter allen Umständen eine
Mehrheit zu ihren Gunsten bilden könne. Die Deutschen
wenden es nun verstanden, sich dieser gegebenen Lage in der
Weise unter Wahrung ihrer Grundzüge anzubehalten, daß sie
mit den beiden anderen Parteien von Fall zu Fall über die
Regierungsangelegenheiten und vornehmlichfalls über parlamen-
tarische Initiativanträge in Verbindung oder doch in Hilfring
treten.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen eine gründliche
Besserung der durch das Taaffe'sche Regiment verschuldeten,
von den Deutschen schwer empfindenen Verhältnisse nicht zu
denken ist. Aber im einzelnen wird doch manches gebessert
werden, vor allem aber wird die Regierung an einer genügenden
Majorität einen Rückhalt haben, wenn sie, da die Jung-
österreichern den böhmischen Ausgleich zu hinterziehen fortfahren
wenden, sich entschließt, auf dem Wege der Reichsregierung
die dringlichsten Forderungen der Deutschen Böhmens zu
befriedigen. Endlich ist dem Merkmalen Antimienten, dem
famosen Fürsten Veldenstein, jede Aussicht genommen, sein
berühmtestes Schutzelgesetz durchzuführen. Das ist, alles
zusammen genommen, nicht viel, aber es ist doch immerhin
etwas.

Wenn dann allerdings Graf Taaffe sich vornehmen sollte
wie der „starke Mann“, der mit den drei Eifeningeln hang-
ball spielt, so dürfte ihn die Erfahrung bald überzeugen, daß
seine Stellung keineswegs so frei und überlegen ist, daß sie
seinem Willen entspräche. Aber er wird „fortwährend“ können
und seiner Neigung zum Wandel auch häufig zu schreiten in
der Lage sein.

Obenfalls handelt es sich nur um eine vorläufige Ge-
staltung der Dinge, und kein Sterblicher vermag vorher-
zusagen, ob dieser Zwischenzustand sich zu einer uneren Ver-
änderung in Österreich günstigen oder ungünstigen Gestalt
weiter entwickeln wird, über auch im letzteren Falle werden
die Führer der Deutsch- und Liberalen Parteien und ihre ihnen
vertrauensvoll folgenden Parteigenossen den Mut, die
Bekanntheit und das Vertrauen auf den endlichen Sieg ihrer
größten Sache nicht verlieren.

Der Kaiserbesuch in Vöck und Kiel.
* * * Vöck, 2. April.
Der bereits im Auszuge mitgeteilte Prinzspruch, mit
welchem der Kaiser während des letzten Aufenthaltes in
Wahlhausen die Anträge des Bürgermeisters D. W. B. be-
antwortete, hat folgenden Wortlaut:
„Ihm spreche ich Ihnen, Herr präsidierender Bürger-
meister, aus meinem Herzen Meinen Dank aus für den
Verehrten und Mich tief bewegenden Empfang seitens der
Stadt und ihrer Bürgerchaft. Die Ihnen vernommenen
Worte zeugen von dem warmen Patriotismus und der festen

Treue der Vöcker zu Kaiser und Reich. Weht uns doch aus
diesen Mauern ein Deutscher Geist entgegen, zu allen
Zeiten war es Vöckers Bestreben, dem deutschen Vaterlande zu
nutzen und zu dienen.

Schon der Name Vöck erfüllt einen jeden Deutschen beim
Rückblick auf die vergangenen Jahrhunderte unserer vater-
ländischen Geschichte mit Stolz auf die damalige Macht, welche
vornehmlich durch Vöckers Einfluß und Tatkraft dem deutschen
König nach außen so hohes Ansehen verschaffte. Die An-
knüpfung der weltbekannten Verkehrsverbindungen durch die
berühmten Vöcker'schen Faktoreien erlösch unter deutschen Ge-
zeugnissen der Verkehrswege nach allen Gegenden der Welt; ge-
gründet war seine Flotte, welche mit ihren kaiserlichen Mann-
schaften des Meeres Ränder niederstürmte und dem Handels-
schiffe den Weg zum sicheren Fort eröffnete. Sein Stadtrecht
hatte weithin einen so bedeutenden Ruf, daß manche deutsche
Stadt Kaiser und Königsheeren hat, mit dem Vöcker'schen Stad-
recht versehen zu werden. Ein ähnliches Beispiel seiner Reichs-
treue gab Vöck durch die Annahme des Reichsadelers in seinem
Stadtwappen fand.

Auch in geistiger Beziehung stand Vöck auf der Höhe der
damaligen Zeit, denn es war im Norden Deutschlands der
Hauptort und das feste Bollwerk der Reformation. Die treue
vaterländische Gesinnung, welche Vöckers Bürgerchaft zu allen
Zeiten ausgezeichnete und von ihr ebendamal im alten Reich be-
rühmt worden ist, sie hat auch später zum festen Anknüpfen
an Vöckern und gegenwärtig an das neue Deutsche Reich
geführt.

Wenn Glas gilt der erinnerungswürdigen, ehrenwürdigen
Sanktion, seiner treuen kaiserlichen Bürgerchaft, seinem
Senat und seinem Haupte, dem präsidierenden Bürgermeister:
„Sie leben hoch! hoch! hoch!“

Nach dem Abreise wurde der Kaiser eigenhändig. Um 9 Uhr
fand die Abschied durch die festlich erleuchteten Straßen nach dem
Bahnhof statt. Hier brachte der Bürgermeister noch einmal ein
Hoch auf den Kaiser aus. Eine junge Dame überreichte Sr. Maj.
einen Blumenkranz. Kurz nach 9 Uhr, nachdem der Kaiser zu
dem Bahnhof von den Vertretern der Stadt herrlichen Abs-
chied genommen hatte, reiste der Monarch nach Travemünde ab.
Abschied hatte die Bürgerchaft eine prächtige Illumination
und elektrische Beleuchtung des Meeres veranstaltet. Se. Maj.
brachte die Nacht in seinem Salomonen zu und besah heute
früh 1/2 9 Uhr den „Vöck“, der von drei Torpedobooten
begleitet wird. Die Besichtigung bildete bis zur Schiffsabreise
Spätker und begrüßte den Kaiser mit enthusiastischen Jubel.
* * * Kiel, 2. April.

Die Ankunft des Kaisers verzögerte sich bis 7 Uhr
abends. Er um 5 Uhr kam, mit dem „Vöck“ bei
Friedrichsberg in Sicht. Bis die Schiffe die Stellung nahmen,
solankte die dortige Salubrität die auf der „Carola“ stehende
Kaiserbandiere. Das Wetter war nachmittags auf See klar und
ruhig. Im Meeres Hafen kamen „Vöden“ und „Vöcker“ den
Salut. Se. Maj. der Kaiser ging bei der Geson-Brücke an Land
und begab sich von dort zu Fuß mit dem Prinzen Heinrich
nach dem Schloß, von dem in der Vöckerallee und im Segarten
gedrängt stehenden Menschenmengen lebhaft begrüßt.
General-Gouverneur Graf v. Wolke ist heute mittag mittels
Sonderzuges hier eingetroffen und im königl. Schloß ab-
geblieben.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. April. Wie der „Rhein. Zig.“ aus Koblenz ge-
meint wird, ist die städtische Abordnung, welche beantragt war,
den Kaiser zu besuchen, von Berlin zurückgekehrt. Der Antrag
hat die Herren sehr hübsch empfangen, ihnen jedoch, wie schon
erwähnt, kein Bedauern ausgedrückt, dieses Mal, wo der Besuch
lediglich seiner Schwelger in Bonn geleite und die Städte Düsseldorf
und Köln von ihm nur nebenbei beachtet würden, nicht nach
Koblenz kommen zu können. Es sei wieder er bestanden, weil
sehr geru einen Besuch abwarten. Die Kaiserin
hatte gestern nachmittag den Erbprinzen in Sachen-Mein-
ingensden Herrschaften anlässlich des Geburtstages des
Erprinzen einen Besuch ab. Im königlichen Schloß
zu Charlottenburg und mehrere Zwillinge dieses Anstalt.
Heute vormittag erregte Hr. Maj. im Elisabeth-Saal des
königlichen Schlosses den Mitgliedern des Vereins zur Ver-
oberung der Klein-Kinder-Verwahranstalten eine Audienz und zog
dabei zahlreiche der erziehlichen Vereins- und Vorstandsmit-
glieder in ein Gespräch. Die „N. N.“ bringt folgende Mit-
teilung aus Dresden, für welche hier die Verantwortung über-
nehmen ließen sich. Man spricht hier von dem, daß der
katholische Teil der Gesellschaft, welcher zur Ein-
nahme der Schwester der Kaiserin, der Prinzess Feodora
von Schleswig-Dollentein, geiden war und die Einladung ange-
nommen hatte, im letzten Moment ausnahmslos ablagie.
Man sagt, der katholische Bischof habe die Teilnahme der Katho-
liken an der Feier verboten.

† Berlin, 2. April. Es wird hier die Frage erörtert,
ob der Kaiser dem Fürsten Bismarck zum Geburtstag gratuliert
hat oder nicht. Etwas Auserwähltes ist darüber bis
jetzt noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen. Welsch wird
jedoch in sonst wohlunterrichteten Kreisen angenommen, daß
die Beglückwünschung wirklich erfolgt sei und zwar in der
Form eines kaiserlichen Handbrieftens. Wenn man jedoch
das gespannte Verhältnis in Erwägung zieht, das auch jetzt
noch zwischen dem Kaiser und dem Fürsten besteht, so klingt
diese Annahme — denn nur um eine solche handelt es sich —
doch wenig glaubhaft. Gerade in letzter Zeit sind Umstände
hingetretten, welche keineswegs geeignet waren, diese tiefe
Verstimmung zu vermindern. Der Fürst hält sich mehr wie
für den Vöcker, und bei seinem eigenartigen Charakter
ist er durchaus nicht geneigt, über diesen Punkt seine Meinung
zu ändern. Noch unglücklich sind darüber recht interessante
Stimmungsberichte in die Öffentlichkeit gedrungen. Um einen
Umkehrung oder besser, eine Ausöhnung zu ermöglichen,

müßte, wie die Dinge nun einmal liegen, der Kaiser vor dem
Fürsten kapitulieren, woran natürlich ebenso wenig zu denken
ist. Und als eine Kapitulation könnte am Ende eine solche
Beglückwünschung von mancher Seite angesehen werden.

Die „Damb. Nachr.“ veröffentlicht die ausführlichen
Berichte über die Feier des 76. Geburtstages des
Fürsten Bismarck und die eingegangenen Gratulationen.
Von einem Glückwunsche des Kaisers ist aber
nicht die Rede.

Berlin, 3. April. [Telegr.] Eine Versammlung her-
vorrangender Vertreter der Industrie unter dem Vorsitz
des Reichstagsabgeordneten Köpcke sprach sich gestern abend
fast einstimmig für eine Beteiligung an der
Chicagoer Ausstellung im Jahre 1893 aus, und
war aus politischen und wirtschaftlichen oder lebendigen
Anhaltspunkte Deutschlands ausgerückt und geschlossen
Reichstagsrat um Mittel für eine würdige Vertretung und
Organisation der deutschen Ausstellung durch einen Kommissar
zu erlöchen.

Nach dem Berliner Korrespondenten der offiziellen Wiener
Vol. Korresp. „bleibt der Hauptgegenstand der politischen
Diskussion, und zwar jetzt trotz der Dierichs fast noch im
höheren Grade als bisher, der österreichisch-ungarisch-
deutsche Handelsvertrag, um so mehr, da man weiß,
daß die Peripeteie überschritten und man sich der Entscheidung
näher. Es wird von allen Seiten bestätigt, daß die Dinge
günstig liegen, und es kann als sicher gelten, daß der Vertrag
in dem weiteren Umfang, der von vornherein ins Auge gefaßt
wurde, also als Tarifvertrag, nicht als Wirtschaftlichkeits-
vertrag, ins Leben treten wird. Wie allgemein angenommen
wird, dürfte der Abschluß bis Mitte April erfolgen. Trotzdem
in gewissen Kreisen die feindseligen und ablehnenden Stimmen
nicht verstummen wollen, hat sich doch das Bewußtsein von
der unantastbaren Tragweite dieses Vertrages und der mit dem-
selben inaugurierten Politik im hohen Grade Bahn gebrochen.
Es ist dies nicht bloß bei uns wahrzunehmen; man braucht
nur den Neußerungen der Presse im Auslande zu folgen, um
dies in hohem Grade bezeugen zu können. Abgesehen von
England ist dies namentlich in Belgien der Fall: Dort hat
man die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn mit einem
ganz besonderen Interesse verfolgt. Die Behandlung der Zoll-
frage in Frankreich, die Aussicht auf die Einführung eines
harten Protektionssystems haben in Belgien angeregten
die öffentliche Meinung in eine starke Erregung versetzt. Die
neue Richtung in der neuen Tarifpolitik würde bald genug
dahin führen, Belgien in den Kreis der Verträge zu ziehen,
und es diesem Lande ermöglichen, mit festen Retorsionszöllen
gegen Frankreich vorzugehen. So jetzt also auch in
dieser Richtung eine Mitwirkung, deren Bedeutung nicht
verkannt werden darf. Es ist kaum zu bezweifeln, daß dieser
Stand der Dinge den Franzosen zu denken geben wird, um-
sonst, als sich im Lande selbst bereits eine starke Gegen-
strömung regt, denn man versteht in Frankreich in solchen
Fragen sehr wohl und ohne bestränkten Maßstab nach der einen
wie nach der anderen Richtung hin zu rechnen. Auf die ent-
scheidenden Abstimmungen der französischen Kammer in der
Tariffrage ist man daher sehr gespannt, sicherlich werden die-
selben von großem Einfluß auf das weitere handelspolitische
Vorgehen Belgiens sein, für welches das Gelingen des
österreichisch-ungarisch-deutschen Vertrages ausschlaggebend
wären dürfte. Von den westlichen Staaten kommt abgesehen
zunächst die Schweiz, von den östlichen Rumänien in
Betracht. Ist der Vertrag mit Österreich-Ungarn erst unter
Dach und Fach, so werden die Verhandlungen mit diesen
Staaten und dann auch mit Italien nicht mehr lange auf
sich warten lassen. Im Interesse der Verhandlungen
wird aber der österreichisch-ungarisch-deutsche
Vertrag einweilen noch geheim bleiben.“

Die Arbeitsdispositionen für das Abgeordneten-
haus dürften sich so gestalten, daß vielleicht nach Freilassung
eines Tages für die Fraktionsverhandlungen zunächst die Land-
gemeindeordnung in zweiter und dritter Lesung hundertst
ohne Unterbrechung zum Abschluß gebracht und demnach in
die Beratung des Etats eingetreten wird. Unterbrechungen
werden voraussichtlich nur für die erste Lesung solcher aus dem
Verrennpage herübergegangener Vorlagen, welche, wie die
Städteordnung für den Regierungsbereich Wies-
baden und vielleicht die Begeordnungen für die Provinz
Sachsen eine kommissarischen Vorbereitung bedürfen, ein-
treten. Man rechnet darauf, bis zum Schlusse, also bis zum
22. April, die Beratung der Landgemeindeordnung abzuschließen
zu können. Von dem Etat sind außer dem auf dem gewöhnlichen
Unterstützungen begründlichen Abschnitte des Etats für Handel
und Gewerbe, der Militär-, Bergwerks- und Kalkstein in
zweiter Lesung rüchthig. Das letztere erhebliche Zeit in
Anspruch nehmen wird, bedarf der näheren Darlegung nicht;
allein auch der Bergwerks- und Kalkstein sind zurückgestellt,
weil dabei längere Erweiterungen in Aussicht stehen. Für die
dritte Lesung des Etats endlich ist die Aufnahmeseiner Reihe
von Fragen politischen Charakters, welche in der zweiten Lesung
aus Gründen der parlamentarischen Dispositionen zurückgestellt
oder inwieweit neu hervorgerufen sind, und damit eine nicht
unerblickliche Ausdehnung der Verhandlungen zu gewärtigen.
Man nimmt in unterrichteten Kreisen daher an, daß die Be-
ratung des Etats bei täglichen Sitzungen doch nahezu die
volle Zeit bis zur Pfingstpause in Anspruch nehmen und da-
neben vielleicht nur die Sperrgeld-Verordnung zu erledigen
sich wird. Die Dauer der Landtagssession wird somit wesentlich
davon abhängen, wie das Herrenhaus sich zu den Beschließen

des Abgeordnetenhauses in Sachen der Einkommensteuer und der Sanzgemeinbeurteilung stellen wird.

Zur Bundessteuerreform bringt die heutige „Post“ folgende ansehnliche offizielle Aeußerung:

In der freilichsten Weise wird ein in einem mündigen Blatte enthaltenes Vermittlungsvorschlag in Sachen der Bundessteuer als von der Regierung inspiriert bezeichnet. Danach soll auf sehr kurze Zeit ein Gesetz erlassen werden, welches die Besteuerung der Einkommen der Bundesbürger abgibt von 12 auf 18 Kr. erhöht werden. Der Vorschlag, welcher sich an in den Kreisen der Interessenten gesessene Verhandlungen anlehnt, ist bezüglich des Schutzes der Bundesbürger um etwas weniger ansehnlich als die Negationsvorlage, welche ebenfalls eine Aufbesserung von 1 Kr. an nur drei Jahre gewährt. Wäre der Vorschlag in der Tat von den maßgebenden Stellen der Regierung inspiriert, so würde er zugleich eine Verneuerung des noch anstehenden den Kommissions-Verhandlungen eingenommenen Standpunktes bedeuten. Es wäre das insofern erquicklich, als es erkennen ließe, daß die anfänglich so sehr vermittelungswilligen wirtschaftlichen Schritte mitanliegen, mehr zu ihrem Rechte zu kommen, und daß man zugleich eingesehen hat, daß die finanziellen Ziele der Vorlage nur bei Schonung der wirtschaftlichen Interessen zu erreichen sind. Insofern wäre, wenn jener Vorschlag wirklich den gegenwärtigen Standpunkt der Regierung bezeichnet, daher eine Wendung zum Besseren zu konstatieren.

Dem ist nicht gleich, daß der Vermittlungsvorschlag ohne weiteres annehmbar wäre. Er erscheint vielmehr für eine gewisse Anzahl von Ausgängenpunkt für eine Gestaltung der Vorlage, welche der Bundesregierung die Gewähr für ein möglichst erfolgreiches Ergebnis bietet. Gilt man daran fest, daß die gewünschten Ergebnisse nur unter dieser Voraussetzung zu bewerkstelligen sind, und läßt man darüber keinen Zweifel, so darf auf eine Verständigung gehofft werden, bei welcher die finanziellen Interessen der Regierung und die Wirtschaftsinteressen unserer Bundesbürger gleichmäßig berücksichtigt werden.

Wie die W. Z. hört, sei der obige Vermittlungsvorschlag weder von der Regierung ausgegangen noch auf von ihr begilligt.

Der russische Botschafter Graf Sawaloff hat am Mittwoch die Maßregeln nach Berlin angetreten.

Die „Nat.-Zg.“ behauptet, die Verträge wegen anderweitiger Verwendung des Zinses des Borsenfonds in 1890 werde erst in der nächsten Session gemacht werden, weil die Regierung in der Zwischenzeit mit dem Reichstage über die Bewilligung geeigneter Fonds für das Ankaufvermögen des Reiches zu verhandeln beabsichtigt. Nach der „Nat.-Zg.“ würde diese Verhandlung im Abgeordnetenhaus stattfinden. Ebenfalls ist es nicht Sache des Reichstags, über die Verwendung des Borsenfonds zu beschließen. Für die Verögerung der Regelung der Sache bis zur nächsten Session sind, wie die „Nat.-Zg.“ vermutet, höchstens persönliche Natur, wie in der Zwischenzeit wegfallen dürften, maßgebend.

Nach der „Magdeburger Zg.“ verlangt, daß von verschiedenen Seiten die gänzliche Aufhebung des Borsenfonds in Anregung gebracht werden wird. Man glaubt, daß den bezüglichen Anträgen gegenüber die Regierung immertags den weiteren sich über ihre Pläne hinsichtlich des vorerwähnten Gegenstandes auslassen möchte. Es heißt, der Gegenstand wurde auch in den letzten Sitzungen des Staatsministeriums erörtert worden und man hätte sich dabei über die Erledigung der Angelegenheit in der nächsten Landtagsession schlüssig gemacht. Eine Veröffentlichung über die bisherigen Verhandlungen des Borsenfonds, welche von einigen Blättern, noch dazu als nahe bevorstehend, angekündigt wurde, soll überhaupt nicht beabsichtigt gewesen sein.

„Guten Mornen“ der „W. Z.“ nach berieht die Kommission am Mittwoch die zweite Sitzung des Bürgerlichen Ausschusses am Mittwoch den 11. bis 2 Uhr in einer Sitzung, an der sämtliche ständige und nichtständige Mitglieder mit Ausnahme des erkrankten Professors Dr. Schwegler teilnahmen, die beiden ersten Paragraphen des Entwurfs (Schutz der einleitenden Ansprüche des Vorstehenden, in welcher der Beinhalt des Kaisers an dem gebräuchlichen Fortschreiten der Kommissionsarbeiten besonders hervorzuheben wurde, erfolgte nach längerer Debatte die Erörterung des § 1 des Entwurfs (Wahrung der Analogie). Die Diskussion über § 2 (Gewohnheitsrecht) wurde abgebrochen. Die Mitglieder der Kommission, sowie die Kommissare und die Schriftführer folgten demnach einer Einladung des Vorstehenden zum Frühstück in dessen Dienstwohnung.

Der „Neichsangeiger“ veröffentlicht eine ausführliche Beschreibung der beiden, die Schutztruppe des Kaiserlichen Afrikaanschen Schutzgebiet befehligenden Offiziers, des Hauptmanns und des Stabskapitänens v. Franzos gegen die in der „Kreuzzeitung“ gegen dieselbe erhobene Anklage, daß sie den Sturz der Kolonialgesellschaft gekaufte hätten und einen schamhaften Handel mit den Eingeborenen trieben. In Afrika sei der Tausch die allgemein übliche Form der Veräußerung. Die Schutztruppe könne die für sie erforderlichen Lieferungen nur im Wege des Tauschhandels mit den Eingeborenen sicher stellen und habe sich deshalb im vollen Einverständnis mit der Regierung mit Waarenvorräten versehen. Bekanntlich ist nicht Gegenstand dieses Tauschhandels. Waffen und Munition seien nur zweimal ausnahmsweise in Tausch gegeben worden.

Nach der „Nat.-Zg.“ ist die Bildung eines Centralausschusses zur Förderung der Wälfisch- und Zungenfische in Deutschland in Aussicht genommen. Nach der Bildung einer solchen Centralstelle wird die Frage voranzutreiben bald in stärkeren Guise in Deutschland kommen.

In einzelnen Blättern findet sich ein aus Anlaß des jüngsten Quartalsjahres veröffentlichte, dem die Invaliditäts- und Altersversicherung, welcher einige Verbesserungen bedürftig. In dem Sinne wird behauptet, daß für Dienstleistungen, mag der Lohn so hoch oder niedrig sein, wie er wolle, auf jede Woche des Altersalters eine Marke zum Wert von 14 Pf. eingetribt werden müsse. Das ist zumal, da die Rückzahlung der Beiträge durch einen der Versicherungsbeiträge ab. Der 300fache Betrag des letzteren stellt ihren Lebenswert dar und nach diesem richtet sich ihre Einzahlung in eine der vier Lohnklassen. In Berlin beispielsweise, wo der wöchentliche Betrag für erwachsene weibliche Arbeiter 1.50 M. beträgt, werden die letzteren zur zweiten Lohnklasse. Es muß für eine Wochenbeitragsmarke für 20 Pf. verwendet werden. Sodann wird behauptet, daß die Arbeiter, welche Personen gegen dienstlichlich zu zahlenden Lohn beschäftigen, bei der Lohnzahlung dieser Angehörigen mit Werten zu belohnen gehabt hätten, gleichviel ob diese in der That gegeben worden sind oder nicht. Auch diese Anschauung ist falsch.

Benjamins findet sich in dem vom Geheimrat v. Boeckle, einem der Mitarbeiter an dem Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetze, herausgegebenen Kommentar zu diesem Gesetze des § 109 die Bemerkung, daß die Rückzahlungen auch nach § 109 die Lohnklasse für die Arbeiter in diesen Fragen angeben werden müssen. Es ist für die Arbeitgeber von um so größerer Wichtigkeit, darauf zu achten, daß sie auch bei den Rückzahlungen die Entlohnung des arbeitenden Arbeiter in der Lohnklasse festsetzen, welche der Arbeiter entlohnende Hälfte der Beiträge sich hauptsächlich auf die für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden entrichteten Beiträge erstrecken dürfen.

Die Abnahme des Fleischkonsums in den Industriebezirken ergibt sich aus einer Statistik des in dem hiesigen Schlachthaus zu Oberfeld geschichteten Viehes. Wir bemerken dazu, daß diese Abnahme des Gesamtkonsums erfolgt ist trotz starker Zunahme der Bevölkerung.

| | 1889: | 1890: |
|--------------------|--------|--------|
| Rinder | 14,941 | 14,384 |
| Schweine | 31,724 | 30,000 |
| Lämmer | 19,170 | 17,118 |
| Schafe | 12,177 | 14,253 |
| Werde | 191 | 276 |

Die der „Neichsangeiger“ heute meldet, daß der Kaiser den außerordentlichen Geheimrat und Bevollmächtigten Minister am königlich kaiserlichen Hofe Geh. Legationsrat Grafen v. Kanbau von diesem Posten zu anderweitiger dienstlicher Verwendung abberufen.

Die f. Z. außer Tätigkeit getretene Handelskammer zu Gesehens ist wieder hergestellt worden.

Bezüglich der Reform der Personentaxe hat sich die Handelskammer in Münster mit den Vorständen des Westfälischen einverstanden erklärt, nur wünscht sie dringen die Befreiung der vierzehn Wagonläufe. Für Westfalen und Münster scheinen ihr als Taxifreie empfehlenswert für die 1. Klasse 5 Pf., 2. Klasse 3 Pf., 3. Klasse 2 Pf., 4. Klasse 1 Pf., mit 1/2 Pf. Zuschlag für die erste bis dritte Klasse für Benutzung der Schnellzüge.

Die Anwesenheit des Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Freiherrn v. d. H. v. d. H. in Berlin hat Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß derselbe für die Stelle des Unterstaatssekretärs im Kultusministerium in Aussicht genommen sei. Was letztlich sich jedoch dem Vernehmen der „W. Z.“ nach nicht. Freiherr v. d. H. ist wieder abgereist, ohne daß diese Angelegenheit zur Berührung gekommen wäre. Gegenwärtig ist noch gar keine Persönlichkeit für den genannten wichtigen Posten des Kultusministeriums in Aussicht.

Nach der „Zf. Anstalt“ hat der Commandeur der 68sten Division, Generalleutnant v. Schumann, seinen Abschied eingereicht. Als mutmaßlicher Nachfolger wird vielfach der Generalleutnant Eder von der 18ten Division, a. Z. Commandeur der Garde-Kavallerie-Division.

In Danzig erschien die erste Nummer der „Gazeta Wlaskowa“ (Danziger Zeitung) eines neuen polnischen Blattes. Dasselbe ist durchaus ultramontaner Tendenz, es trägt den „katholischen Geist“ (Geist ist Jesus Christus) in polnischer Sprache als Wahlspruch an der Stirn. Man sieht, welche Fortschritt der Polonismus in den letzten Jahrzehnten im Osten gemacht hat. Vor einem Vierteljahrhundert wäre die Verbindung eines polnischen Blattes in der Hauptstadt Preussens ein Wahnsinn gewesen. In Wlaskowa wurde zu der Zeit, als Fürst Bismarck an die Spitze des preussischen Staatsministeriums trat, kaum ein Exemplar einer in polnischer Sprache erscheinenden Zeitung gehalten und viel eher wurden sich dort zwei polnische Blätter um die Gasse polnischer Leser.

Der „Vorwärts“ will Kunde erhalten haben von einem „Geheimbund“ der Bergarbeiter zum Zwecke der Bekämpfung der Bergarbeiterbewegung. Derselbe lasse Ehrlichkeit und Offenheit im Kampf vermissen. Die Bestrebungen der Arbeiter wirken auf die Arbeitgeber wie das roste Loch auf den Sack. — Dazu bemerkt die „Frei. Z.“: Wir wissen nicht, wie es um einen Bund der Bergverwaltungen, insbesondere um einen internationalen Bund derselben beschaffen ist. Wenn aber das Bestreben der Bergverwaltungen dahin geht, so machen dieselben doch nur von demselben Rechte der Koalition Gebrauch, dessen sich die sozialdemokratischen Arbeiter gegenwärtig bedienen. Wie weit die Dienstlichkeit bei gewerkschaftlichen Vereinigungen der einen oder der anderen Art klagen sollen, ist ungenügend vorgezeichnet. Darüber entscheidet allein das Interesse der Teilnehmer.

Chemnitz, 2. April. In einer am Abendort abgehaltenen Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens wurden für 16 Wahlkreise vor bevorstehenden Wahl des nächsten Landtages die Kandidaten nominiert. Bei acht Wahlkreisen überwiegt man die Regelung der Kandidatenfrage den dortigen Parteigenossen; bei fünf Kreisen wurde von der Wahlleitung abgesehen, da die Wahl von Sozialdemokraten ausstehendes Ziel. Bebel erklärte, wegen Überbürdung sein Mandat in Leipzig-Land niederlegen zu müssen.

Münster i. W., 2. April. Pastor W. v. d. H. aus Melthe ist zum Regens des hiesigen Priesterseminars ernannt worden.

Carlsruhe, 2. April. Der Schriftführer des Reichstages, Hermann Deppinger, wurde wegen agiologischer Reden in Bergarbeiterversammlungen von seiner Erbe ohne Kündigung entlassen; ebenso zwei weitere Vertrauensmänner des Reichstages wegen fortgesetzter Agitation gegen die Bergarbeiter.

Ausland.

Italien. Ist der italienische Gesandte Baron di Jova nach Washington oder hat die Bundeshauptstadt bereits verlassen? Diese Frage nimmt allmählich die Formen eines Aprilscherzes oder eines Vergriffens an. Nachdem am Mittwoch die offizielle Agencia Stefani von Rom aus gemeldet hatte, der Gesandte werde erst, wenn er innerhalb einer Woche seine befriedigende Antwort erhalten, von Washington abreisen, beginnt die unter dem 1. April vom Staatssekretär Blaine erlassene Note mit dem Ausdruck „aufrichtigen Bedauerns“ über die — demnach doch wohl schon erfolgte — Abreise des Baron di Jova. Der scheinbare Widerspruch ließe sich nur dann beseitigen, wenn Jova ein formelles Abberufungsschreiben überreicht und nach diplomatischem Brauch dann aufgeschoben hätte, der offizielle Vertreter Italiens in den Vereinigten Staaten zu sein. Selbsterklärend würde ihn das nicht abhalten können, als Privatmann noch einige Zeit in Washington zu verweilen. Diese Annahme besitzt noch die größte innere Wahrscheinlichkeit. Für Herrn Blaine ist Jova abgereist und der Staatssekretär richtet daher seine Note an den ersten Legationssekretär. Die Wichtigkeit in diesem Schreiben ist die entscheidende Anerkennung des Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit von Seiten der amerikanischen Regierung. Wir haben gestern darauf hingewiesen, daß die leitenden Staats-

männer und Organe der Union sich bisher diesem Prinzip recht energig zu verschließen pflegten. Um so erfreulicher ist die jetzige Erklärung, die in noch entgegenkommender Form auch von amerikanischen Gelehrten in Rom abgegeben worden sein soll. Die Unionregierung will ausreichenden Schiedsrichter leisten, aber sie verlangt auch genügende Zeit zur Bestimmung des wirklichen Vertragsstandes und will sich nicht „ungebillig drängen lassen.“ Dessen Standpunkt wird man im allgemeinen auch in Europa billigen. Schwere verständlich ist eine Stelle in dem Schreiben des Herrn Blaine, wo der Staatssekretär behauptet, die Unionregierung „habe nicht das Recht, die verlangte Bestimmung betreffend der Bestimmung der Aufhebung der Geschworenen beinträchtigen könnte, deren Urteile die Angeklagten annehmen berechtigt seien.“ Der Unparteilichkeit der Geschworenen von New-Orleans hat sich so furchtbar offenbart, daß man sich kaum zu wundern kann, wenn die Regierung selbst die Möglichkeit einer Beurlaubung sucht. Warum aber kann die Regierung eines geordneten Staatswesens nicht versprechen, daß die „Schuldigen“ unter allen Umständen bestraft werden? Unseres Erachtens wäre die beste Lösung gefunden, wenn man die freitragende Rechtsfrage den lokalen Instanzen entziehen und einem dem Schiedsgericht dieses fählichen Justiz entrichteten Gerichtshofe überweisen würde. Jedenfalls erscheint nach den neuesten Berichten die schon gelehrte geäußerte Hoffnung auf eine rasche und friedliche Beilegung des Habers wesentlich verflüchtigt. Der Präsident Harrison hat sein lebhaftes Bedauern über die Vorgänge von New-Orleans sowie über den diplomatischen Konflikt mit Italien ausgesprochen, in beiden Ländern rät die öffentliche Meinung entgegen von extremen Schritten ab, um das Kabinetsicherung betreffend der Bestimmung in einem Moment unangenehmer Ereignisse, vielleicht auch durch die persönlichen Empfindungen des Königs Humbert, kürzlich nach, wird inwieweit bedacht haben, wie ansichtslos eine Demonstration und wie verhängnisvoll der Bruch mit einem Lande wäre, das für den Ausfuhrhandel Italiens von hoher Bedeutung ist und in welches, nach der Meldung eines Berliner Blattes, allein im Monat März 5324 italienische Bürger eingewandert sind.

Nach einer uns eben eingehenden Meldung der „Agenzia Stefani“ hat der italienische Gesandte in Washington, Marchese Imperiali di Francavilla, im Auftrage dem Staatssekretär Blaine auf dessen Note eine Antwortnote überreicht. In derselben wird gesagt, die italienische Regierung habe nur die ungekündete Einleitung des regelmäßigen gerichtlichen Anklagenverfahrens verlangt; es wäre absurd gewesen, eine Bestrafung der Urheber der Ausschreitungen ohne rechtliches richterliches Urteil zu begehren. Die italienische Regierung erneuere nur jetzt dasselbe Verlangen. Der diplomatische Zwischenfall werde erst als erledigt angesehen werden können, wenn die Bundesregierung in ungebehrter Weise erkläre, daß das gerichtliche Verfahren binnen kurzer Frist aufgenommen würde. Willkürliche näme man gern die von der Erklärung der Bundesregierung, daß dieselbe, trotz der bestehenden Verträge, die Schadloshaltung der Familien der Opfer anerkenne — es hängt nun von der Antwort Blaine's ab, ob der Zwischenfall erledigt wird oder nicht.

Nach der „Post. Zg.“ hat der italienische Gesandte, obwohl er sein Abberufungsschreiben überreicht, Washington noch nicht verlassen.

Der italienische Botschafter in Paris soll in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Paris“ erklärt haben, er sei fest davon überzeugt, die amerikanischen Angelegenheit könne leicht geregelt werden. Jova sei nicht abgereist, sondern einfach beurlaubt und provisorisch durch den Vizebotschafter Francavilla in Paris ersetzt.

Nach einem römischen Heroldtelegramm erfolgte die Abberufung des Jova's aus Washington, weil die italienische Regierung sich nicht in eine sopplichiere Erörterung mit dem Staatssekretär Blaine einlassen konnte. Auf die Forderung des Jova's, daß die Urheber der Mordthat in New-Orleans einem ordentlichen Gerichtsverfahren unterzogen würden, antwortete Blaine, die Bundesregierung könne unmöglich eine Garantie dafür geben, daß die Angeklagten auch verurteilt würden. In einem derartigen Spiele mit Worten und Begriffe konnte in Rom nur die geheime Absicht der Bundesregierung erlöst werden, daß Völkerecht und die Verträge als tote Buchstaben zu behandeln.

Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hat König Umberto Briefe von Menelli erhalten, welche erst nach dem Abbruch der Verhandlungen Menellis mit Antonelli geschrieben sind. Menelli beruft sich darin auf sein entgegenkommendes Verhalten anlässlich der Grenzregulierung und gibt Aufklärungen über seine Weigerung, nach dem Art. 17 des Vertrages von Ustjalk eine Verpflichtung zu übernehmen, die niemals bestanden habe und freundschaftlich und erwidrigend für ihn wäre. Er behauptet schließlich, daß er die Freundschaft Italiens aufreibe und sei entschlossen sei, seine Beziehungen zu Europa nur unter Zustimmung der italienischen Regierung zu erhalten.

Österreich-Ungarn. Die gestrigen Gemeindevahlen verließen in ganzen ruhig; bloß in der inneren Stadt fanden mittags Erzele statt. Ein antiseptischer Abvocat, Baron Berger, Sohn des ehemaligen liberalen Ministers, geriet mit liberalen Wählern in ein Panzengerne. Mehrere Verhandlungen wurden vorgenommen. Die Wahlergebnisse werden erst in später Abendstunde bekannt. Die Wahlen des dritten Wahlkörpers fielen insofern zugunsten der Liberalen aus, als es diesen gelang, 7 Mandate der inneren Stadt und 4 Mandate der Leopoldstadt ihrer Partei zu erhalten. Außerdem wählte nur noch der bisherige Vorort fünfzehn zwei Liberale. In Alfergrund wurde ein Antisemit gewählt, zwei andere kamen in die Stichwahl; in Währing wurde ein Antisemit gewählt, außerdem findet eine Stichwahl statt. In den übrigen 14 Bezirken Groß-Wiens stiegen durchwegs die Antisemiten, teilweise mit riesigen Majoritäten. Von den gestern zur Bestimmung gelangten 46 Mandaten fielen 13 den Liberalen, 30 den Antisemiten zu, für 3 müssen Stichwahlen stattfinden. Von dem Ausfall der Wahl im zweiten Wahlkörper hängt die Majorität des künftigen Gemeinderates ab. Man berechnet, derselbe werde 55 Antisemiten und 52 Liberale zählen.

Der Minister des Innern, Graf Kalnoky, ist am Mittwoch nach Wien abgereist.

Die ungarische demokratische Arbeiterpartei hat eine Bewegung inszeniert, welche die Abwendung der ungarischen Arbeiter von der Feier des ersten Mai als Kundgebung der internationalen Sozialrevolutions-

Gardinen

! Gelegenheitskauf!
Grosse Posten
vom Stück unter
Herstellungspreis.
! Prima Qualitäten!

Ph. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

**Schultornister,
Schultaschen,**

nur gute halbechte Zattlerarbeit,
empfehle zu billigen Preisen

Heinrich Gundlach, Breitestraße 32,
Papier- und Lehrmittel-Handlung.

ENGEL & VOGEL
HALLE a. S. Niemeystraße 7-9
Technische Artikel
Gas- u. Wasserleitungsgegenstände

F. A. Schütz,

Königl. Sächs. Hoflieferant,
Inhaber: H. O. Sorge.

Gardinen und Stores

in weiss, crème und bunt,
deutsche, franz. und engl. Fabrikate
in grösster Auswahl.

Halle a. S., Leipzigerstrasse Nr. 87/88.

F. A. Schütz.

C. Boehme, Giebichenstein,

Große Brunnenstraße 9, Ecke Schmeltzerstraße.
Material- und Feilerwaren-,
Farben- und Droguen-,
Tabak- und Cigarrenhandlung.

Wiedereröffnung Sonnabend den 4. April a. e.
Abends 6 Uhr.

Englisch und Französisch

lehrt nach einer eben so leichten als nutzbringenden Methode der Lector Luez.
Wegen des Weiteren wolle man sich an die Koestler'sche Buchhandlung,
Poststrasse 9, wenden.

Handelslehranstalt

R. Gollasch, Halle a. S., Niemeystraße 6, dicht am Königsplatz.
Vollständige Vorbereitung für das Comptoir. Einzel-Curse in Buchführung,
Rechnen, Schreibweisen, Französisch u. Prospecte franco.



**Jul. Blüthner's
Pianoforte-Magazin**

Reparatur-Anstalt.

Halle a. S., Poststr. 15, I.

Lager von Harmoniums.



Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin

der
Vereinigten Tischlermeister

Kl. Steinstrasse Nr. 6.

Durch nochmalige Vergrößerung unserer Lokalitäten sind wir in den
Stand gesetzt, auch den weitgehendsten Ansprüchen genügen zu können,
und empfehlen daher unser

grosses Lager selbstgefertigter Möbel

in allen Holzarten, von den einfachsten bis zu den elegantesten.

**Aufstellung Eigene Tapezier- und
compl. Musterzimmer. Decorations-Werkstatt.**

Feste Preise.

Solide Bedienung.

Lindau & Winterfeld,

Cigarren- und Tabakfabriken,
Halberstadt - Magdeburg - St. Andreasberg i. S. u.
gegründet 1837,
empfehlen ihr großes Lager eigener billiger Cigarren u. Rauchtabake
für Wiederverkäufer.
Muster nach auferhalb gern zur Verfügung.
Halle a. S.
Hauptniederlage: Untere Leipzigerstraße 3.
Z. Geschäft: Gr. Ulrichstraße 38.

Buchführung.

Gründl. Unterricht in der landwirthschaftl. u. kaufm. Buchführung
wird Herren und Damen (in getrennten Curricula) erteilt und Lehrgängen
hierzu vom Unterzeichneten entgegenkommen. Eintritt kann jeder Zeit er-
folgen und wird auf Wunsch Pension im Hause gewährt. Dauer der Lehrcurse
4-8 Wochen. Honorar gering. Nach beendeten Curricula Stellennachweis.
Neuanschreibungen von Büchern und deren Führung, namentlich für Land-
wirthe werden billigt ausgeführt. Sprecht Vorm. 8-12, Nachm. 1-5 resp.
7-10 Uhr. Alles Nähere durch **Dewitz, Halle a. S., Drägerstr. 18.**

Anhaltische Bauschule Zerbst.

Fachschule für Bauhandwerker, Tischler, Steinmetzen, sowie für Klempner, Strassen- und
Wasser-Bauarbeiter. Beförderung vor Staatsprüfungs-Commission. Billiger und ange-
nehm Aufenthalt. Sommersemester 1. Mal. Auskunft durch **Die Direktion.**

Wegen Krankheit bin ich auf un-
bestimmte Zeit von Halle abwesend.
Dr. Quadflieg.

Sämmtliche
Schulbücher
Schreib- und Zeichenbücher
empfehle in besten Einbänden
auch für Wiederverkäufer
zu sehr billigen Preisen.
39. Albin Henze 39.
Schmiedestraße

Annendorf.
Gaudi's Restaurant.
Nächsten Sonntag
Grosses Extra-Concert,
ausgeführt von der Kapelle
des Herrn Stadtmusikdirector Wüller
aus Annenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30
Sierauf: **B a l l.**

Klüe & Rühlemann, Halle a. S.,

Leipzigerstraße Nr. 100 (Ecke an der Ulrichskirche) Parterre u. 1. Etage.

Specialgeschäft für Seiden-Manufacturwaaren und Damen-Confection,
empfehlen in großartiger Auswahl

Neuheiten

in Frühjahrs-Mänteln, Regen-Paletots, Visites, Jackets, Fidjus etc.,
für jede Figur passend am Lager.

Grosses Lager moderner Kleider-Stoffe

in sämtlichen Neuheiten der Saison, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten.

Schwarze und farbige Seidenstoffe, — Weissse Seidenstoffe zu Brautkleidern
in nur bewährten Qualitäten.

Proben und Auswahlforderungen stehen gern zu Diensten.

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. Könia in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.